

Schweiz

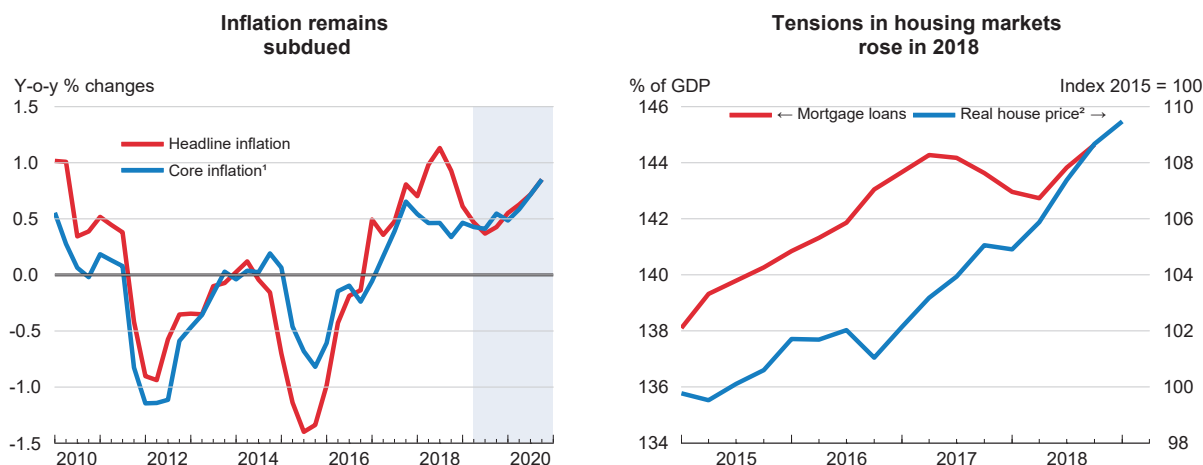
Nach einem starken Jahresergebnis 2018 wird sich das BIP-Wachstum 2019 und 2020 voraussichtlich verhalten entwickeln. Das schwächere Wachstum der Auslandsnachfrage wird die Exporte und die Investitionen dämpfen. Der Verbrauch der privaten Haushalte wird parallel zur Belebung der Arbeitsplatzschaffung und des Reallohnwachstums anziehen. Die Inflation wird voraussichtlich etwas zunehmen, aber auf niedrigem Niveau verharren.

Die Geldpolitik ist akkommodierend ausgerichtet. Die Zinssätze werden wohl bis Ende 2020 auf ihrem aktuellen negativen Niveau verharren, dann ist mit einer Straffung zu rechnen. Striktere Regeln für die Bankkreditvergabe würden helfen, die Finanzstabilitätsrisiken zu begrenzen. Die Fiskalpolitik ist aktuell neutral ausgerichtet, dürfte 2020 aber expansiv werden. Der Haushalt ist seit 2015 im Plus und dürfte dies noch bis Ende 2020 bleiben. Würde mehr Zuwanderung zugelassen und könnten mehr Frauen dazu bewegt werden, sich in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern ausbilden zu lassen, könnten die wachsenden Kompetenzengpässe gemindert werden.

Das Wachstum verlangsamte sich im Jahresverlauf 2018

Nach einer deutlichen Verlangsamung im zweiten Halbjahr 2018 ist mit einer verhaltenen Wachstumsentwicklung zu rechnen. Die Anlageinvestitionen scheinen nach der Flaute zum Jahresende 2018 wieder zu steigen. Die Warenexporte entwickelten sich zuletzt dynamisch, vor allem Anfang 2019. Das Konsumklima entspricht in etwa seinem langfristigen Durchschnitt. Das Geschäftsklima hat die Talsohle durchschnitten, verharrt aber auf relativ niedrigem Niveau.

Switzerland



1. Core inflation excludes fresh and seasonal food products, energy and fuels.

2. The real house price series is deflated using the private consumption deflator from the national account statistics.

Source: OECD Economic Outlook 105 database; Swiss National Bank; and OECD Analytical House Price database.

Switzerland: Demand, output and prices

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Current prices CHF billion	Percentage changes, volume (2010 prices)				
Switzerland						
GDP at market prices	654.2	1.6	1.7	2.5	1.0	1.5
Private consumption	348.7	1.5	1.2	1.0	1.2	1.5
Government consumption	78.1	1.2	0.9	1.0	0.8	1.2
Gross fixed capital formation	155.6	3.4	3.4	1.7	0.7	2.2
Final domestic demand	582.4	2.0	1.7	1.2	1.0	1.7
Stockbuilding ¹	- 4.8	-1.4	-0.1	-0.9	-0.1	0.0
Total domestic demand	577.7	0.3	1.5	0.2	0.9	1.7
Exports of goods and services	406.9	6.7	-0.1	2.0	0.0	3.4
Imports of goods and services	330.4	5.9	-0.7	-1.8	-0.4	4.2
Net exports ¹	76.5	1.2	0.3	2.3	0.2	0.0
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	–	-0.6	-0.4	0.7	0.2	0.8
Consumer price index	–	-0.4	0.5	0.9	0.5	0.7
Core inflation index ²	–	-0.3	0.3	0.5	0.5	0.7
Unemployment rate (% of labour force)	–	4.9	4.8	4.7	4.7	4.5
Household saving ratio, net (% of disposable income)	–	18.7	17.8	17.7	17.7	17.5
General government financial balance (% of GDP)	–	0.4	1.3	1.6	1.4	1.1
General government gross debt (% of GDP)	–	42.1	42.9	41.6	40.3	39.5
Current account balance (% of GDP)	–	9.4	6.7	10.2	9.6	9.4

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Consumer price index excluding food and energy.

Source: OECD Economic Outlook 105 database.

StatLink  <https://doi.org/10.1787/888933935857>

Inflationstrend und Gesamtinflation bleiben gedämpft. Die Reallöhne stagnierten, was den Verbrauch und die Ersparnis der privaten Haushalte belastete. Die Ungleichgewichte auf dem Wohnimmobilienmarkt nahmen 2018 zu. Die Hypothekenkreditvergabe erreichte neue Höchststände und die Wohnimmobilienpreise stiegen, während die Mieten stagnierten und die Leerstände zunahmen. Die sich abschwächende Inlandsnachfrage drückte 2018 die Importe, womit sich der Leistungsbilanzüberschuss auf mehr als 10% des BIP erhöhte.

Es bedarf Maßnahmen gegen den Arbeitskräftemangel und die steigenden Wohnimmobilienpreise

Die Inflation ist niedrig, was aber mit dem Ziel der Nationalbank im Einklang steht, sie im Bereich von 0-2% zu halten. Die Geldpolitik ist expansiv ausgerichtet, und die nach wie vor negativen Zinsen erhöhen die Finanzstabilitätsrisiken. Mit der ersten Erhöhung des Leitzinses, der gegenwärtig bei -0,75% liegt, wird für Ende 2020 gerechnet. Ein Regierungsvorschlag, der derzeit Gegenstand eines Konsultationsverfahrens ist, sieht eine stärkere Kapitalunterlegung von Krediten für Renditeimmobilien vor. Diese strengere Risikogewichtung würde bei Objekten mit hoher Beleihungsquote greifen. Die Banken denken ihrerseits über die Möglichkeit einer Verschärfung ihrer Selbstregulierung auf Basis der Beleihungsquoten nach. Um die Finanzstabilitätsrisiken zu verringern, sollte nach dem Comply-or-Explain-Prinzip ein klarer Rahmen mit Kreditvergabegrenzen vorgegeben werden.

2020 wird der haushaltspolitische Kurs voraussichtlich expansiv, womit der Haushaltsüberschuss sinken dürfte, während mit der Normalisierung der Geldpolitik begonnen wird. Infolge der Unternehmensteuerreform, die mit niedrigeren Steuersätzen auf Ebene der Kantone verbunden ist, wird das Steueraufkommen zurück-

gehen. Eine für 2021 geplante Einkommensteuersenkung soll die negativen Arbeitsanreize für Zweitverdiener verringern. Würden diese Reformen wie vorgeschlagen durch eine Mehrwertsteuererhöhung flankiert und die Umweltsteuern angehoben, würde das Steuersystem effizienter und könnten Umweltschädigungen verringert werden. Mit einer Anhebung der öffentlichen Investitionen, die sich derzeit auf relativ niedrigem Niveau bewegen, könnte langfristigen Herausforderungen wie der Bevölkerungsalterung und dem Klimawandel begegnet werden.

Die Kompetenzengpässe wachsen, vor allem in den Bereichen Technik, Naturwissenschaften und Informatik. Die Zahl der freien Stellen steigt weiter, während sich die Zuwanderung – die seit Langem eine wichtige Fachkräftequelle für die Schweiz ist – verlangsamt und die ersten Effekte der Bevölkerungsalterung spürbar werden. Auf mittlere Sicht könnte der Fachkräftemangel verringert werden, wenn Frauen stärker dazu ermutigt würden, sich in Bereichen wie Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ausbilden zu lassen. Auf kurze Sicht würde auch die Aufnahme einer größeren Zahl von Zuwanderern aus Nicht-EU-Ländern helfen.

Das Wirtschaftswachstum wird 2020 den Projektionen zufolge wieder die Trendrate erreichen

2019 wird die gedämpfte Investitions- und Exportentwicklung das BIP-Wachstum bremsen. Für 2020 ist im Zuge der Erholung des Welthandels in beiden Bereichen mit einer Belebung zu rechnen. Auch der private Verbrauch dürfte sich infolge einer zunehmenden Arbeitsplatzschaffung und eines stärkeren Lohnwachstums nach und nach dynamischer entwickeln. Die künftigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sollen in einem institutionellen Rahmenabkommen geregelt werden. Die Verhandlungen über dieses Abkommen stehen momentan allerdings still. Sollte keine Einigung erzielt werden, könnte dies die Exportwirtschaft beeinträchtigen. Die Aussicht auf sich noch länger hinziehende Verhandlungen könnte das Geschäfts- und Investitionsklima eintrüben. Eine Eskalation der weltweiten Spannungen könnte den Kurs des als sicherer Hafen geltenden Schweizer Franken in die Höhe treiben und die Exporte schwächen. Die Lohnmäßigung der letzten Jahre könnte die Exportwirtschaft hingegen stärker ankurbeln als erwartet.